



Abzocker belohnen, Volk bestrafen? Nein zum AVIG-Abbau

Von Vania Alleva, Mitglied der Geschäftsleitung Unia

Die Abstimmungsfrage am 26. September ist einfach: Sollen weiterhin die Abzocker und Topverdiener mit tieferen Lohnabzügen belohnt werden und dafür die einfachen Arbeitnehmenden höhere Beiträge für weniger Leistungen zahlen? Wer sich für ein Ja ausspricht, will die Abzocker und Topverdiener schonen. Gerade diejenigen, welche die Finanzkrise zu verantworten haben, die Tausenden von Arbeitnehmenden die Stelle gekostet hat. Die Abzocker würden nach der Annahme der vorgeschlagenen Gesetzesänderung für ihre Einkommen von über 126'000 Franken reduzierte Beiträge und für die Einkommen von über 315'000 Franken gar keine Beiträge mehr bezahlen. Die Folge: Während die normalen Arbeitnehmenden nach der Revision 2,2 Lohnprozente für die Arbeitslosenversicherung bezahlen müssten, bezahlt Bundesrätin Leuthard gerade mal ein Prozent, Magdalena Martullo-Blocher 0,65 Prozent und Brady Dougan lächerliche 0,005 Lohnprozent. Und um diese Ungerechtigkeit weiterzuführen, sollen die Arbeitnehmenden mehr blechen und dafür gleichzeitig weniger bekommen. Das ist eine Schweinerei und wir sind auch überzeugt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dies nicht akzeptieren werden.

Befürworter des AVIG-Abbaus lügen

Die Befürworter haben gestern ihre Kampagne vorgestellt. Sie behaupten, der Bundesrat müsse von Gesetzes wegen die Beiträge auf 2,5 Prozent erhöhen, wenn die Stimmberechtigten die Vorlage ablehnen. Entweder können sie keine Gesetzestexte lesen oder verbreiten bewusst Unwahrheiten. Der Bundesrat kann auch nach einer Ablehnung den Beitrag auf 2,2 Prozent festsetzen und umgehend eine Vorlage ausarbeiten, die endlich auch gleiche Beiträge für die Topverdiener vorsieht. So kann die Arbeitslosenversicherung finanziell ins Lot gebracht werden - ohne die Arbeitnehmenden gegenüber der vorgeschlagenen Gesetzesrevision stärker zu belasten. Wenn der Bundesrat ankündigt, er würde im Fall einer Ablehnung der Gesetzesrevision die Beiträge auf 2,5 Prozent erhöhen, dann ist das plumpe Abstimmungspropaganda und ein dreister Erpressungsversuch. Aber die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind nicht blöd: Sie werden nicht bereit sein mehr zu bezahlen für weniger Leistungen - nur damit die Abzocker und Topverdiener weiter Beiträge sparen können. Darum werden sie - da bin ich überzeugt - am 26. September Nein stimmen.

Unwürdige Sparmassnahmen auf dem Buckel der älteren Arbeitnehmenden

Die vorgeschlagene Revision der Arbeitslosenversicherung bestraft die Arbeitnehmenden am meisten, die am härtesten von der Krise betroffen sind. Bundesrätin Leuthard nennt das "ausgewogen" - für die betroffenen älteren Arbeitnehmenden ist es ein Schlag ins Gesicht. Ein konkretes Beispiel: Ein Industriearbeiter der seit mehr als 35 Jahren hart gearbeitet und seine Beiträge an die Arbeitslosenversicherung zuverlässig bezahlt hat, steht mit 62 zum ersten Mal auf der Strasse, weil seine Firma Konkurs gegangen ist. Er bemüht sich rasch wieder um eine Stelle und findet nach sieben Monat wieder eine temporäre Anstellung. Nach eineinhalb Jahren verliert er seine Temporärstelle. Bis zu diesem Zeitpunkt, hat er mehr als 35 Jahre hart gearbeitet und einbezahlt und war gerade mal sieben Monate arbeitslos. Mit der vorgeschlagenen Revision soll er nun nur noch 400 statt 520 Taggelder bekommen. Da er kaum eine Chance hat, wieder eine Stelle

Abzocker belohnen, Volk bestrafen?
Nein zum AVIG-Abbau
2/2

zu finden, muss er kurz vor der Pensionierung noch aufs Sozialamt. Das sieht das neue Gesetz vor.
Das ist nicht ausgewogen, das ist unwürdig.
Aber wir sind zuversichtlich: Dazu wird es nicht kommen, denn die Stimmberechtigten werden diese schlechte und unwürdige Vorlage ablehnen.

Für Rückfragen:

Vania Alleva, Mitglied der Geschäftsleitung Unia, Tel. 079 620 11 14

Nico Lutz, Kampagnenleiter Gewerkschaft Unia, Tel. 076 330 82 07